

Das Meinungsforschungsinstitut Gallup hat eine große Befragung über die Einstellung der kolumbianischen Bevölkerung zum Friedensprozess durchgeführt. Am 28.6.2019 stellte das Magazin SEMANA wichtige Ergebnisse vor:

Die Kolumbianer zweifeln an den Versprechen des Friedensvertrages

Die Ergebnisse der Befragung durch Gallup Poll zeigen, dass die Bevölkerung kein Vertrauen darin hat, dass Regierung und FARC sich an die in Havanna getroffenen Vereinbarungen halten werden, obwohl man andererseits der Meinung ist, die beste Option liege im Dialog, wenn das Problem der organisierten bewaffneten Gruppen und der Guerrilla gelöst werden soll.

Die letzte Gallup-Befragung spiegelt wider, dass man im Land das Glas als nahezu leer ansieht, spricht man vom Frieden, dem Handeln der Übergangsjustiz (JEP) und der Abnahme von Gewaltakten nach Unterzeichnung des Friedensabkommens mit der FARC.

Der Pessimismus tritt ganz allgemein zutage bei der Beurteilung dieser Themen, wie auch in der Popularität Präsident Duques, der staatlichen Institutionen sowie der Lebensqualität in Kolumbien.

Der erste Besorgnis erregende Indikator beruht auf den 68% der Bevölkerung, die glauben, die Umsetzung des Friedensabkommens sei nicht auf einem guten Weg, während nur 27% das in den letzten drei Jahren dabei Erreichte positiv beurteilen.

Dieses unerfreuliche Resultat kommt dem schlechtesten diesbezüglichen Ergebnis unter Präsident Santos vom April 2018 bis auf 2 Prozentpunkte nahe, und es kann zurückgeführt werden auf das Hin und Her mit der Übergangsjustiz und den deswegen ausgefochtenen politischen Kampf, als es zwischen Exekutive und Parlament um die Verabschiedung des Durchführungsgesetzes zur JEP ging, aber auch auf weitere Streitigkeiten.

Die mangelnde Glaubwürdigkeit-sowohl der Regierung als auch der FARC- ist ein anderer Aspekt, der für die negative Perzeption des bisher Erreichten verantwortlich ist.

Die Befragten sind der Meinung, dass die demobilisierten ehemaligen FARC-Kämpfer lediglich zu 29% sich an die Bestimmungen des Abkommens halten, zu 68% jedoch nicht. Die entsprechenden Zahlen betreffend die jetzige Regierung sind keineswegs angenehmer, denn laut Befragung kommt die Regierung nur zu 40% ihren Verpflichtungen aus dem Vertrag nach, aber zu 57% nicht, wobei zu letzteren Themen alle die gehören, gegen die sich Präsident Duque bereits in seiner Wahlkampagne gewandt hatte.

Das Panorama verdüstert sich auch auf anderen Aktionsfeldern, nämlich dort, wo man eine gleichmäßigere Verteilung des Reichtums auf dem Land und die Herstellung eines Klimas der Sicherheit vereinbarte, in jenen Zonen, die besonders unter dem bewaffneten Konflikt gelitten haben. In beiden Fällen wird die Lage zu über 60% als negativ angesehen.

Auf die Frage: "Sollte man, um den Frieden zu erreichen, einen Teil von Gerechtigkeit opfern?", ergab die Befragung ein interessantes Resultat. Die Prozentsätze der Befürworter und Gegner sind praktisch identisch mit jenen, die sich 2012 ergeben hatten, als die Verhandlungen mit der Guerrilla begannen. Damals waren 43% der Befragten bereit, gewisse Elemente der Gerechtigkeit zu opfern, um einen Konflikt zu beenden, der schon ein halbes Jahrhundert andauerte. Dagegen sprachen sich 53% der damals Befragten aus. Heute, im Juni 2019, sind 44% dafür und 53% dagegen.

Andererseits glauben die Kolumbianer, dass die Fähigkeit der Regierung von Iván Duque, vertriebenen Kleinbauern ihre Ländereien zurückzugeben, sich laufend verringert.

Als die zweite Amtszeit von Präsident Santos zu Ende ging, waren 64% der Befragten überzeugt, die Regierung werde die Rückübertragung des Landes erfolgreich bewerkstelligen, und dieser Anteil hat sich inzwischen verringert seit Duque regiert und ist im Juni 2019 auf 50% gesunken. Ebenfalls 50% der Befragten wäre einverstanden, dass Steuermittel zur Entschädigung von Gewaltopfern eingesetzt werden.

Die Wiedereingliederung der Demobilisierten stellt für viele Befragte ein weiteres Opfer dar, das in den Verhandlungen mit der FARC erbracht wurde und gegen das weiter Widerstand existiert. Nur 29% der Kolumbianer sind der Ansicht, die Anpassung ans Zivilleben sei auf gutem Weg, während 48% vom Gegenteil überzeugt sind.

Dabei muss man sich vor Augen führen, dass die positive Einstellung zur Wiedereingliederung schon im Dezember 2008 während der Amtszeit Uribes einen Spitzenwert von 55% erreichte, der seitdem nie wieder erreicht wurde, dem allerdings Juan Manuel Santos acht Jahre später mit 52% sehr nahe kam.

Dies steht in Beziehung zur negativen Einstellung des Publikums gegenüber der Guerrilla. Diese Einstellung wuchs auf 58% und war nur nach dem Attentat auf die Polizeischule „General Santander“ mit 67% noch höher (Das Attentat wurde von der Guerrilla ELN verübt, nicht von der FARC, A.d.Ü.).

Zweifellos hatten die Haftentlassung von Jesús Santrich und seine Einnahme des Sitzes im Parlament (S. wurde wegen Verwicklung in Drogengeschäfte verhaftet, später auf Veranlassung der JEP und bestätigt vom Obersten Gerichtshof entlassen und nahm seinen Parlamentssitz ein. Das Strafverfahren ist aber nicht abgeschlossen, A.d.Ü.) starken Einfluss auf die beteiligten Institutionen. Zum Beispiel wuchs die negative Einschätzung des Obersten Gerichtshofs um 10% an, nachdem es die Freilassung Santrichs bestätigt hatte. Gleichfalls sank die Zustimmung zur Übergangsjustiz auf nur noch 36%, also 10% weniger als im Mai. Die FARC, Santrichs Partei, verharrte bei 80% Ablehnung.

Die einzige Frage, bei deren Beantwortung positive Einstellungen überwogen, hatte zum Inhalt, welche Optionen in Kolumbien vorhanden seien, das Problem der Guerrilla und anderer bewaffneter Gruppen zu lösen. Dabei waren 61% der Meinung,

dass auf dem Dialog zu bestehen sei, bis Friedensvereinbarungen erreicht seien. Dies sei die vernünftigste Alternative. Dagegen waren nur etwas mehr als 20% der Meinung, man müsse diese Gegner militärisch besiegen.